

E.W. 19/6.12

DIE LINKE. / BfBB

STADTRATSFRAKTION BERGISCH GLADBACH

Konrad-Adenauer Platz 1
51465 Bergisch Gladbach
Tel.: 02204.609312
Mobil: 0172.2410212
Fax: 02204.609313
info@linke-bfbb.de
www.linke-bfbb.de

Montag, 18. Juni 2012

Änderung zum Antrag „Runder Tisch „Zukunft der Schulen in Bergisch Gladbach“

Um eine Fehlinterpretation des Begriffs „Runder Tisch“ zu vermeiden, ändert die Fraktion ihren Antrag wie folgt: Der Begriff „Runder Tisch“ wird ersetzt durch „Konferenz aller beteiligten Gruppen an einem sechseckigen, rechteckigen oder ovalen Tisch“.

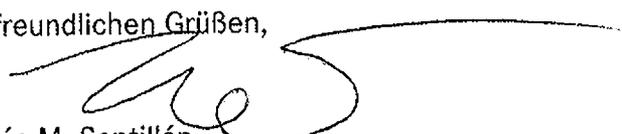
Begründung: Die moderne Auslegung des Begriffs „Runder Tisch“ meint eine Konferenz in einer symbolische Sitzordnung zur Bewältigung von Konflikten und Krisen, in der Vertreter verschiedener Institutionen gleichberechtigt, d. h. ohne Hierarchiestufen oder Vorsitzenden, einen von allen Seiten anerkannten Kompromiss finden wollen. (siehe auch Wikipedia.org). Im Allgemeinen wird dies auch so verwendet und ist hier auch so gemeint. Dieser Begriff wird auch von Bundesregierung, Landesregierungen (z.B.: BaWÜ), Arbeitgebern oder Gewerkschaften aktuell so eingesetzt ohne dass diese revolutionäre Ambitionen hätten oder in Deutschland ein Umsturz droht.

Offensichtlich macht sich die Stadtverwaltung über die gewählten Mitglieder des Stadtrats lustig und versucht einen Vorschlag, welche dazu beitragen soll, eine solide, sachliche und mehrheitsfähige Lösung in der Diskussion um die Zukunft der Schulen zu finden, in die Nähe von „blutigen Exzessen“ und Revolution zu rücken.

Die armseligen und peinlichen Ausführungen der Verwaltung sind nicht nur eine dreiste Unverschämtheit und Missachtung der Stadtverordneten und ihrer demokratischen Rechte, sondern gehen sehr unsachlichen auf die demokratischen Ziele und Inhaltliche Aussagen des Antrags ein. Einzige Absicht scheint es zu sein, die Antragstelle und die Fraktion zu diffamieren. Damit verletzt die Verwaltung ihre Neutralitätspflicht. **Die Verwaltung verhöhnt mit ihrer Stellungnahme die berechtigten demokratischen Interessen der Bürgerinnen und Bürger, die bei der Entscheidung um die Zukunft unserer Schulen mitreden möchten.**

Die breite Diskussion und das erhebliche Interesse der Bürgerinnen und Bürger an der zukünftigen Entwicklung der Schulen in Bergisch Gladbach hat zu deutlichen Widersprüchen in der Bürgerschaft geführt. Der Stadtrat musste über dieses Thema seinen Haushalt um mehrere Monate vertagen. Die Elternschaft des NCG hat ein Bürgerbegehren gestartet. Es ist unbestreitbar, dass dies für die Bürgerschaft wichtige Fragen und Konflikte sind, wie auch die Wahlergebnisse zeigen. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB zielt darauf diese Konflikte einvernehmlich zu lösen, Natürlich müssen die Ergebnisse einer solchen Konferenz wieder im Stadtrat diskutiert und beschlossen werden, so wie es auch schon im Antrag steht.

Mit freundlichen Grüßen,



Tomás M. Santillán

Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. /BfBB